

## **„Partizipation von Migrantenorganisationen in der Kommune“**

Bevor ich zur Sache spreche, möchte ich kurz auf meinen eigenen Erfahrungshintergrund in diesem Themenfeld eingehen. Als Jury-Mitglied des Wettbewerbs „Erfolgreiche Integration vor Ort“, der 2004 vom Bundesministerium des Innern und der Bertelsmann Stiftung ausgelobt wurde, hatte ich bei Vorort-Besuchen und der Durchsicht der mehr als 100 Bewerbungen die Gelegenheit, die lokale Integrationspraxis in einiger Breite näher kennenzulernen. Im Lenkungskreis des Forschungs-Praxis-Projekts „Integrationspotenziale in Landkreisen und kleinen Städten“ der Schader-Stiftung konnte ich diese Eindrücke für den ländlichen Raum vertiefen. Mit der Beteiligung an der Evaluation von Förderprogrammen des Berliner Integrationsbeauftragten hatte ich die Gelegenheit eine großstädtische Praxis in der Förderung und Einbindung von Migranten(selbst)organisationen näher zu untersuchen, die bundesweit mit einigem Recht als vorbildlich gilt. Schließlich arbeite ich aktuell im Dialogforum „Integration vor Ort“ der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration mit, ein Beitrag auf dem Wege vom NIP zum NAP, vom Nationalen Integrationsplan zum Nationalen Aktionsplan mit. Gemeinsam mit KollegInnen führen wir in diesem Kontext gegenwärtig auch eine empirische Erhebung zur Lage der lokalen Integrationspolitik durch, die sich an den Empfehlungen der Kommunalen Spitzenverbände im Nationalen Integrationsplan orientiert<sup>1</sup>. In all diesen Zusammenhängen spielt die Partizipation von Migrantenorganisationen eine wichtige Rolle, denn sie sind auf vielfältige Weise ein Verbindungsglied zwischen den Institutionen der Mehrheitsgesellschaft (die in einigen großstädtischen Quartieren bereits eine Minderheitengesellschaft darstellt) einerseits und der zugewanderten Bevölkerung.

### **1. Traditionen**

Dass sich gerade die Kommunen als besonders offen und aktiv für die Partizipation von Migrantenorganisationen erweisen, sie teilweise erst ermöglicht und unterstützt haben, kann nicht verwundern. Städte gelten nicht nur traditionell als Orte der Integration, sondern die Unterstützung von und die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen passt auch gut in die deutsche Tradition kommunaler Selbstverwaltung. Bereits im 19. Jahrhundert konnte sich das Vereinswesen als zentrale Form der lokalen Selbstorganisation, der „vorpolitischen“ Interessenvertretung und der Übernahme gemeinschaftlicher Aufgaben durchsetzen. Noch heute gilt: je kleiner der Ort, desto bedeutsamer ist die Rolle der Vereine für die Kommunalpolitik. Zuweilen tritt auch heute noch der Vorsitzende des Vereins x gegen den Vorsitzenden des Vereins y bei der Wahl des Bürgermeisters an. Neue Interessen haben in Vereinsform die besten Aussichten, kommunalpolitisch wirksam zu werden. Gleichzeitig werden sie auf diesem Wege kommunalpolitisch aushandelbar. Vor allem in größeren Kommunen lassen sich die Wachstumsringe von Vereinen identifizieren, in die sich jede politische Generation mehr oder weniger erfolgreich eingebracht hat. Da die Vereinsbildung nicht durch Staatsbürgerschaft und andere Zugangshürden erschwert wird, finden wir bereits in der „Gastarbeiter“-Phase der Zuwanderung im Nachkriegsdeutschland „Ausländervereine“. Die breite öffentliche Förderung von Vereinsgründungen zugewanderter Bevölkerungsgruppen und ihre Einbindung in die lokale Integrationspolitik findet jedoch erst in den letzten beiden Jahrzehnten statt. Neben pragmatischen Erwägungen sprechen für diese

---

<sup>1</sup> Materialien, Literaturhinweise und Downloads zu den genannten Arbeitsfeldern bietet die Netzseite [www.desi-sozialforschung-berlin.de](http://www.desi-sozialforschung-berlin.de).

Praxis nicht zuletzt neuere demokratiepolitische Perspektiven, die auf eine starke Zivilgesellschaft bzw. lebendige Bürgergesellschaft setzen. Die demokratische Qualität eines Gemeinwesens erweist sich danach nicht nur am Gefüge wohlgeordneter politischer Institutionen, sondern erfordert auch eine zivilgesellschaftliche Grundlage, d.h. eine reiches Assoziationswesen. In ihrer berühmten Italien-Studie „Making Democracy Work“ (1993) konnten Robert Putnam und seine Mitarbeiter\_innen zeigen, dass die Verfassung der Zivilgesellschaft, das dort erzeugte „soziale Kapital“ (allgemeines Vertrauen, Kooperationsbereitschaft, Vernetzungen) einen zentralen Beitrag zum Gelingen von demokratischen Reformen darstellt. Die Institutionen der repräsentativen Demokratie (Parteien, Parlamente, Regierungen etc.) benötigen somit ein Netzwerk von gesellschaftlichen Zusammenschlüssen, um angemessen funktionieren zu können. Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen dabei selbst demokratische Minimalvoraussetzungen erfüllen: Sie müssen offen sein und sich auf zivile Formen des Konfliktaustrags verpflichten. Nur dann bildet sich jenes „bridging social capital“ (Putnam), das Gesangs- und Sportvereine von mafiaartigen Zusammenschlüssen unterscheidet.

Vor diesem Hintergrund können Migrant\*innenorganisationen einen Beitrag zur assoziativer Demokratie in mehrfacher Hinsicht leisten:

- Als freiwillige Vereinigungen bündeln sie individuelle Interessen ihrer Mitglieder, moderieren sie und machen sie in der Kommune aushandelbar.
- Freiwillige Vereinigungen sind für ihre Mitglieder „Schulen der Demokratie“. Das Vereinsrecht bietet ein – nicht immer verwirklichtes – öffentlich kontrolliertes demokratisches Grundmuster von regelmäßigen Vorstandswahlen bis zu periodischen Rechenschaftspflichten.
- Freiwillige Vereinigungen stärken und aktivieren ihre Mitglieder. Sie bieten Gelegenheiten zur Selbsthilfe und gegenseitigen Unterstützung. Vereine sind noch immer die Organisationen, in denen das Gros des bürgerschaftlichen Engagements praktiziert wird.
- Freiwillige Vereinigungen bilden eine Sphäre des (politischen) Aushandelns und des Kompromisses. Da der Austritt immer möglich ist, kommt es darauf an, die unterschiedlichen Interessen der Mitglieder angemessen zu berücksichtigen. Vereine begünstigen deshalb Respekt und einen zivilen Umgang mit Vielfalt.

Auch wenn vermutlich jede(r) Gegenbeispiele vor Augen hat, sind solche demokratischen Erwartungen an freiwillige Zusammenschlüsse nicht von der Hand zu weisen. Indem sich Migrant\*innen in das örtliche Vereinswesen begeben und dort ihre Ansprüche geltend machen oder eigene Vereine gründen, tragen sie zum Zusammenhalt und zur Demokratie auf lokaler Ebene bei. Zuwanderung erzeugt ein eigenes Feld von Vereinen und Zusammenschlüssen und/oder verändert das bestehende, wenn sich dieses als offen erweist (reanimierte Boxstaffeln in Sportvereinen durch Spätaussiedlerjugendliche als Beispiel). Ihnen gebührt zumindest die gleiche Unterstützung, wie sie die etablierten Vereine erfahren.

## **2. Leitbilder**

Dennoch war deren Förderung auch phasenweise sehr umstritten und sie ist es teilweise noch immer. Die Vorbehalte sind vielfältig. Da ist die Angst, die Förderung von Migrant\*innenorganisationen begünstige integrationshemmende Gegenkulturen und unterstütze die Herausbildung von Parallelgesellschaften, deren Mitglieder in den traditionellen Welten ihrer Herkunftsgesellschaft verharren. Hinzu kommen Vorbehalte gegen eine politische Einflussnahme aus den Herkunftsländern oder einen Konfliktimport, der die deutsche Gesellschaft zum Austragungsort von Auseinandersetzungen im Herkunftsland werden lässt. Kulturelle Vorbehalte gegen die Reproduktion von demokratisch-menschenrechtlich bedenklichen Traditionsbeständen (Islamismus, Scharia, „Ehrenmorde“, autoritäre

Familienstrukturen, „arrangierte Ehen“, vordemokratische Einstellungspotentiale etc.) spielen vor allem in den Medien eine wichtige Rolle. In der Praxis mündet dies vor allem zu Vorbehalten, zuweilen auch zum Ausschluss von konservativ geprägten religiösen Verbänden.

Trotz dieser Einschränkungen geht es heute weniger um das Ob, sondern das Wie in der Zusammenarbeit von Kommunen und Migrantenorganisationen, d.h. um erfolgreiche, zukunftsweisende und nachhaltige Formen der Kooperation von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, von Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen in der Integrationsarbeit vor Ort.

Dies hat nicht zuletzt mit dem Wandel von Leitbildern in der Zuwanderung der letzten Jahrzehnte zu tun, die auch den Umgang mit Migrantenorganisationen prägte. Dabei lassen sich idealtypisch fünf Phasen unterscheiden. Am Anfang stand die *Phase der Nicht-Politik*, in der das Zuwanderungsgeschehen keine politische Aufmerksamkeit fand. Den Zusammenschlüssen der Zugewanderten begegnete die Lokalpolitik entsprechend mit Ignoranz. Es folgte die *Phase der Gastarbeiter-Politik*. Ihre Prämisse war die Rückkehr der Arbeitsmigranten, nicht ihre dauerhafte Niederlassung in der Bundesrepublik.

Zusammenschlüsse von Migranten wurden als informelle Kooperationspartner für bestimmte Themen und Problemlagen anerkannt, die sich aus dem Migrationsgeschehen von der Anwerbung bis zur Rückführung ergeben haben. An sie schloss sich eine *Phase der Assimilationspolitik* an, in der Migrantenorganisationen keine politische Anerkennung fanden. Ihre bloße Existenz erschien als Ausdruck eines Integrationsdefizits, ihre (dauerhafte) Förderung wurde als kontraproduktiv betrachtet. An sie schloss sich an vielen Orten eine *Phase der multikulturellen Politik* an, in der Migrantenorganisationen nun als Akteure des Empowerments unterstützt wurden. Sie sollten ihre Mitglieder in ihren Ansprüchen, Besonderheiten, kulturellen Prägungen und Traditionen so stärken, dass eine nicht-diskriminierende Vielfalt gelebt werden konnte. Als jüngste Phase zeichnet sich die einer *interkulturellen Politik* ab (deutlich z.B. in den Integrationskonzepten von München und Frankfurt/M). Es geht in der Abgrenzung von der multikulturellen Phase nicht um semantische Spitzfindigkeiten, sondern um deutlich andere Akzente. Interkulturelle Politik unterstützt Migrantenorganisationen als Akteure der Integration, die dazu beitragen, jenes Repertoire an auszuhandelnden Gemeinsamkeiten zu befördern, das eine vielfältige Gesellschaft als gemeinsame Grundlage gelebter Differenzen benötigt.

Die Unterscheidung dieser fünf Phasen unterstellt nicht, das Integrationsgeschehen vor Ort habe sich überall so entwickelt. Vor Ort werden Phasen übersprungen oder gar nicht erreicht, gelegentlich stehen unterschiedliche Grundorientierungen nebeneinander. Das Phasenmodell kann dabei helfen, sich über die politischen Erwartungen zu verständigen, die mit der kommunalen Partizipation von Migrantenorganisationen verbunden werden.

### **3. Wissenschaftliche Befunde**

Migrantenorganisationen stellen noch immer ein weitgehend unerforschtes Segment im Vereins- und Verbändegefüge der Bundesrepublik dar. Schon die Zahlenangaben schwanken zwischen 2.000 und 16.000 Migrantenorganisationen in Deutschland. Zudem handelt es sich um ein Feld, das sich schnell verändert, wie der jüngste Aufschwung von Jugendmigrantenorganisationen zeigt. In den vorliegenden Analysen werden zumeist Ambivalenzen betont. Danach schwanken Migrantenorganisationen in ihrer praktischen Ausrichtung zwischen einer Einfluss- und einer Mitgliederlogik, zwischen Integration und Identitätswahrung. Es dominiert in der Forschung die Frage nach der Integrationsfunktion von Migrantenorganisationen für die Ankunftsgesellschaft. Auch wenn die These, Migrantenorganisationen verhindern Integration, an Einfluss verloren hat, wird ihre integrative Wirkung nach wie vor strittig und eher ambivalent beurteilt.

Migrantenorganisationen werden durchweg wichtige Integrationswirkungen für Neuankömmlinge zugebilligt. Sollten sie jedoch darin verharren, drohe die Entwicklung von ethnischen Kolonien, die zu Integrationsfallen werden könnten. Die besondere Qualität von Migrantenorganisationen liege in ihrer transitorischen Leistung, als Durchlauferhitze in Richtung Mehrheitsgesellschaft.

Heute wird die Debatte über die Integrationsleistungen von Migrantenorganisationen weniger dichotomisch geführt. Im Zentrum steht vielmehr die Frage, unter welchen Bedingungen Migrantenorganisationen die eine oder die andere Wirkung entfalten. Zunehmend anerkannt wird dabei der multifunktionale Charakter von Migrantenorganisationen, die ihre Schwerpunkte im Zeitverlauf verändern. Die damit verbundene funktionale Offenheit und Gestaltbarkeit von Migrantenorganisationen findet wachsendes wissenschaftliches und politisches Interesse. Analytisch interessant ist weniger die Integrationsleistung einzelner Migrantenorganisationen, sondern verstärkt das organisationale Feld, in dem sie sich bewegen, seine Regelungen, Gelegenheitsstrukturen und Akteurskonstellationen. In der einseitigen Ausrichtung der Debatte an ihren integrationspolitischen Leistungen werden grundlegende Funktionen von Migrantenorganisationen gerne übersehen. Ludger Pries hat sie kürzlich so zusammen gefasst: „In Migrantenorganisationen treffen sich ‚Landsleute‘, finden Migranten Anerkennung und teilen Gemeinsamkeiten hinsichtlich Sprache, Kultur und Interessen, können die Mitglieder kulturellen Bräuchen ohne Erklärungs- oder Legitimationszwänge nachgehen, werden soziale Netzwerkbeziehungen und kollektive Selbstvergewisserungen reproduziert“.<sup>2</sup> Gleichzeitig agieren Migrantenorganisationen in einem transnationalen sozialen Feld zwischen Herkunfts- und Aufnahmegesellschaft. Die vorliegenden Befunde (große organisatorische Bandbreite, vielfältige Funktionen, schneller Wandel, grundlegende Ambivalenzen) sprechen für einen sorgsam politischen Umgang mit Migrantenorganisationen. Gerade vor Instrumentalisierungen für politische Anliegen ist zu warnen, weil damit das zerbrechliche Netz solcher Organisationen und ihr Eigensinn gefährdet sein könnten.

#### **4. Demokratie- und integrationspolitische Perspektiven von Migrantenorganisationen**

Die aktuelle Debatte über die Rolle von Migrantenorganisationen in der Kommunalpolitik ist durch zwei spannungsreiche Funktionsbestimmungen gekennzeichnet. *Demokratiepolitisch* werden Migrantenorganisationen verstärkt als Form der politischen Repräsentation von Zugewanderten verstanden. Sie sind „Ersatz“ für die noch immer verweigerten individuellen politischen Rechte – nicht zuletzt des Wahlrechts für Drittstaatenangehörige. Zwar gibt es seit dem negativen Urteil des Bundesverfassungsgerichts immer wieder Versuche, das kommunale Ausländerwahlrecht auch für Nicht-EU-Angehörige zu ermöglichen, aber sie blieben bisher erfolglos. Die Bundesrepublik nimmt gegenwärtig in der politischen Exklusion durch vorenthaltene politische Bürgerrechte in der Europäischen Union eine Sonderstellung ein. Selbst der Sachverständigenrat für Migration setzt in seinem Jahresgutachten 2010 einseitig auf die noch immer hürdenreiche Einbürgerung. Nur sie böte volle Bürgerrechte und erscheine deshalb als Königsweg zur politischen Repräsentation. Als komplementärer Weg wird die Repräsentation durch Migrantenverbände ins Spiel gebracht. Genau mit dieser Aufgabe dürften sie jedoch überfordert und unterfordert zugleich sein. Überfordert, weil sie als freiwillige Vereinigungen bei aller Vielfalt kaum in der Lage sein dürften, die Zugewanderten insgesamt zu repräsentieren. Unterfordert, weil ihnen in der Kommunalpolitik allenfalls beratende, aber nicht entscheidende Funktionen zugebilligt werden. Viele Gremien laden zudem „ihre“, d.h. im Zweifel ihnen genehme Migrantenorganisationen ein. Solche

---

<sup>2</sup> Ludger Pries, Migrantenorganisationen als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung. In: ders./Zeynep Sezgin (Hg.): Jenseits von „Identität oder Integration“: Grenzen überspannende Migrantenorganisationen. Wiesbaden 2010, S. 27.

„Partizipation auf Einladung“ kann bei der Politikformulierung und –umsetzung hilfreich sein, demokratischen Anforderungen kann sie jedoch nicht genügen. So wichtig die Zusammenschlüsse von Zugewanderten im Sinne der eingangs beschriebenen zivilgesellschaftlichen Grundlegung von Demokratie sein können, fehlende politische Bürgerrechte können sie nicht ersetzen. Migrant\*innenorganisationen sind durchaus in der Lage, wie die Erfahrungen mit Verbänden von Zuwanderern aus Südeuropa gezeigt haben, wichtige Funktionen als Interessenvertretung und Lobby wahrzunehmen. Sie bieten zudem wichtige Partizipationschancen für Menschen mit Migrationshintergrund, aber sie können die Beteiligung in den Räten nicht ersetzen.

Die *integrationspolitische* Funktion von Migrant\*innenorganisationen scheint auf den ersten Blick weniger ambivalent. Kommunen fördern heute – häufig projektorientiert – Migrant\*innenorganisationen und gestalten damit ihre Integrationspolitik. Schwerpunkte sind dabei die Bereiche Kultur, Sport, Religion und Bildung. Das populäre Motto lautet: Integration von Migrant\*innen mit Migrant\*innen gestalten. Während noch vor einiger Zeit problemorientierte Sichtweisen vorherrschten, dominiert heute in der Förderung von Migrant\*innenorganisationen eine ressourcenorientierte Perspektive. Das zentrale Projekt, dessen Ergebnisse auf dieser Fachtagung „Empowerment & Partizipation von Migrant\*innen und Migrant\*innen in Bayern“ vorgestellt werden, stellt ein sehr gutes Beispiel für diese Neuorientierung dar. Es sieht Migrant\*innen als entscheidende Akteure im Integrationsprozess: Sie sind Dialogpartner, Brückenbauer und Experten für bedarfsgerechte Ansätze. Migrant\*innenorganisationen verfügen über eigene Potentiale und Kompetenzen, fördern das Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft und sorgen für eine gesteigerte Identifikation mit den sozialen und politischen Strukturen der Aufnahmegesellschaft. Zudem kommt ihnen eine wachsende Bedeutung bei der Bereitstellung und Ausgestaltung von öffentlichen Gütern zu. Alteingesessene und Einwanderer lernen gemeinsam wichtige öffentliche Güter bzw. Kollektivgüter (z.B. Bildung, Sicherheit, Konfliktschlichtung) zu erzeugen. Bereits im Kontext der Lissabon-Strategie hat die Europäische Union einen entsprechenden Perspektivenwechsel eingefordert. Migrant\*innenorganisationen sollen nicht länger nur Steuerungsobjekt, Info-Geber, aktive Bittsteller und Mittler für andere Institutionen sein. Vielmehr sind sie als Institutionen aufzuwerten, die selbständig bestimmte Aufgaben übernehmen, zu Koproduzenten werden, zu Vertragspartnern und Beratern. Die neuen Kooperationsverhältnisse reichen von der funktional Integration bis zur strategischen Zusammenarbeit.

Wir haben dafür gute Beispiele. Etwa wenn der Dachverband muslimischer Gemeinden in Wuppertal die Pflege eines muslimischen Friedhofs übernimmt. Zahlreiche Initiativen von Migrant\*inneneltern und –großeltern setzen sich heute für Förderunterricht ein und werden in Mentoren- und Patenmodelle aktiv. Der Essener Verbund der Immigrant\*innenvereine tritt dabei mit logistischer Unterstützung durch die Stadtverwaltung als Träger solcher Bildungsprojekte auf. In den Arbeitsgruppen dieser Tagung werden zahlreiche gute Beispiele aus Bayern vorgestellt werden.

Damit die guten Praxisbeispiele nicht Ausnahmen bleiben, braucht es einen breiten Konsens für die konzeptionelle und praktische Wertschätzung der Arbeit von Migrant\*innenorganisation. Einige Merkmale, die auch in den Empfehlungen des Qualitätszirkels der Integrationsbeauftragten auftauchen, sind:

- Ethnische Organisationen beeinflussen den Integrationsverlauf von Zugewanderten positiv.
- Besonders für Neuzuwanderer sind sie wichtige Anlauf-, Informations- und Vermittlungsstellen.
- Migrant\*innenorganisationen können integrationspolitische Erfordernisse übernehmen, wie z.B. eine niedrigschwellige und kulturell kompetente Beratung, die Unterstützung

und Information von Migrantinnen und Migranten und damit Zugänge zu den Regelsystemen eröffnen und vermitteln.

- Sie können Defizite von Regeldiensten ausgleichen und deren interkulturelle Öffnung unterstützen.
- Handlungspotentiale und Beteiligung von Zugewanderten werden durch Migrantorganisationen ebenso gestärkt (Aktivierung und Empowerment) wie ihre Selbsthilfepotentiale.
- Migrantorganisationen können – mit den bereits skizzierten Einschränkungen - Belange von MigrantInnen wahrnehmen (Interessenvertretung, Sprachrohr) und gleichzeitig Ansprechpartner für Politik und Verwaltung sein (Brückenfunktion).
- Dialog und interkulturelle Verständigung zwischen Minderheiten und Mehrheiten sowie verschiedenen Minderheiten gehören zu ihren klassischen Aufgaben.
- Migrantorganisationen können wichtige Hilfestellungen bei der Gewinnung von (hochqualifizierten) Zuwanderern bieten.
- Schließlich sind sie wichtige Partner in der Bekämpfung von Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

Diese Liste ist sicherlich nicht vollständig, kann aber einen Eindruck von den integrationspolitischen Potentialen von Migrantorganisationen vermitteln. In vielen Kommunen werden sie zumindest in Ansätzen genutzt. Dabei haben sich vielfältige Formen von Zusammenschlüssen ergeben: vom Dachverband (etwa dem Migrationsrat Berlin-Brandenburg), in dem Menschen unterschiedlicher nationaler Herkunft, Kulturen und Ausrichtungen kooperieren, bis zum herkunftshomogenen Treff, der einzig der gemeinsamen Freizeitgestaltung gewidmet ist. Wie in der Mehrheitsgesellschaft lässt sich für Zugewanderte eine zunehmende Differenzierung in den Formen der Selbstorganisation feststellen (z.B. Organisationen von Migrantinnen oder von Jugendlichen).

## **5. Kommunalpolitischer Handlungsbedarf**

Wer integrationspolitisch auf Migrantorganisationen setzt, sollte aktuell vorhandene Barrieren und Grenzen nicht übersehen und sie als lokalpolitische Herausforderung begreifen. Zwei fallen besonders ins Auge:

1. Migrantorganisationen sind zumeist strukturell, finanziell und personell schlecht ausgestattet, in der Regel deutlich schlechter als vergleichbare „deutsche“ Organisationen. Sie leben weit stärker vom ehrenamtlichen Engagement. Dies ist selbst in Berlin der Fall, wo es seit fast 30 Jahren eine vergleichsweise intensive Förderung von Migrantorganisationen gibt. Angebote zur Qualifizierung und Professionalisierung, sowie eine bessere Ressourcenausstattung sind unabdingbar. Gleichzeitig braucht es eine lokale Infrastruktur, die auch jene Zusammenschlüsse von Zugewanderten unterstützt und anerkennt, die diesen Weg nicht gehen können oder wollen. Für den Berliner Integrationsbeauftragten haben wir ein entsprechend differenziertes Modell vorgeschlagen (s. Desi-Netzseite).
2. Die interkulturelle Öffnung kommunaler Einrichtungen steckt noch in den Anfängen. Dabei spielt sicherlich die notorische Finanzknappheit der Kommunen eine wichtige Rolle, verhindert sie doch Neueinstellungen von Personal mit interkulturellen Kompetenzen in größerer Zahl. Die Arbeit der Migrantorganisationen darf jedoch nicht zum „billigen Ersatz“ für fehlende interkulturelle Kompetenz in den Regelstrukturen werden. Sonst droht ein unproduktives Nebeneinander, eine neue, kommunalpolitisch aufgezwungene Version der einstmals befürchteten Parallelgesellschaft.